

Nachrichten



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Dafür demonstrierte der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Stade. Foto Lankuttis

Mit roten Taschen gegen rote Zahlen

Sozialverband Deutschland macht mit Protestaktion bundesweit und auch in Stade auf die Benachteiligung von Frauen aufmerksam

Karin Lankuttis Stade. Der Slogan "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" prangt auf den roten Taschen, mit denen der Sozialverband Deutschland (SoVD) bundesweit und auch in Stade gegen die Lohndiskriminierung von Frauen demonstrierte.

Landesfrauensprecherin Katja Krüger forderte besonders die Arbeitgeber auf, die Benachteiligung von Frauen zu korrigieren. Sie verdienen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Anlass war der Tag der Entgeltgleichheit, der Equal Pay Day. "Bis zum 23. März müssen Frauen arbeiten, damit sie so viel verdienen, wie Männer schon am 31. Dezember in der Tasche haben", sagte Krüger. Die rote Tasche stehe für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen.

Rund vierzig Mitglieder des Kreisverbandes hörten im Restaurant "Vier Linden" eine kämpferische Rede und unterzeichneten eine Resolution. Ein Grund für die Einkommensschere seien schlecht bezahlte frauenspezifische Berufe, sagte Krüger. Frauen seien immer noch rar in klassischen Männerberufen, insbesondere im technisch-mathematischen Bereich. Außerdem sei weibliche Erwerbsarbeit in hohem Maße durch Teilzeit und Unterbrechungen geprägt. Denn sie fühlten sich hauptverantwortlich für die Kindererziehung und Pflege der Angehörigen. Beides dürfe aber nicht privatisiert werden, kritisierte die Verwaltungsbeamtin. Nach dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes müssten auch die Arbeitgeber dazu beitragen, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. "Wo bleibt die Flexibilität der Arbeitgeber?" fragte sie provokativ.

Teilzeitarbeit würde oft unterproportional zur Vollzeit bezahlt. Und Frauen wüssten oft gar nicht, was ihre Kollegen verdienten. "Männer sind besser vernetzt und informiert."

Die Forderung, sich für gerechte Löhne einzusetzen, richtet der Sozialverband an die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. Von der Bundesregierung wird die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns verlangt. Davon würden besonders Frauen profitieren, da sie überdurchschnittlich im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. "Ein kleiner Lohn bedeutet eine kleine Rente", bekräftigte Uschi Reinke das Anliegen. Die Kreisfrauensprecherin hatte den Nachmittag organisiert. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Walter Törner, wünschte sich mehr kämpferische Frauen in den eigenen Reihen. "Der Protest nimmt seit 2008 jedes Jahr zu", zeigte sich Katja Krüger zuversichtlich.

26.03.2012



Artikel drucken

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG